

Rezensionen

Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946 - 1953.
Verlag Ferdinand Schöningh Paderborn; München, Wien, Zürich 2000,
541 S., DM 98,-.

Die Geschichte der SED im engeren Sinne zählte weder vor noch nach 1989 zu den Schwerpunkten in der historischen DDR-Forschung. Diese Tatsache ist umso erstaunlicher, als die SED einen Sonderfall in der deutschen Parteiengeschichte darstellt. Denn nur die SED war als staatstragende Partei von einer ausländischen Macht nachhaltig beeinflusst und gegründet worden, nur diese Partei konnte über vierzig Jahre ihre Macht behaupten. Diese Fehlstelle in der Forschung war und ist ganz wesentlich der Perspektive geschuldet, daß jedwede politische Geschichte der DDR zugleich auch SED-Geschichte sei. Dies ist zwar nicht vollkommen falsch, aber eben auch nicht vollkommen richtig. Denn die DDR-Geschichte nur als SED-Geschichte zu begreifen, würde erstere kaum verständlich machen. Zugleich gab es in der Geschichte „der Partei“ eigenständige, wenn auch nicht von der DDR-Geschichte losgelöste Entwicklungen. Dazu zählen etwa die soziale Zusammensetzung der SED, die Entwicklung des Organisationsaufbaus, innerparteiliche Repressionen und Säuberungen oder die Mitgliederentwicklung.

Vor 1989 markierten insbesondere die zum Teil älteren Arbeiten von Carola Stern, Hermann Weber, Karl Wilhelm Fricke, Wolfgang Leonhard, Fred Oldenburg, Harold Hurwitz, Horst Duhnke oder Eckart Förtsch den Wissens- und Erkenntnisstand über die SED. Nach der Öffnung der DDR-Archive 1990 kamen eine Reihe gewichtiger Spezialstudien hinzu, die Teilaspekte der Partei-Geschichte beleuchteten. Im Mittelpunkt

standen vor allem innerparteiliche „Säuberungen“, Repressionen und Opposition, der frühe Organisationsaufbau, die Zwangsvereinigung von KPD und SED, das Verhalten der SED-Mitgliedschaft 1953, die inneren Vorgänge in der Partei-spitze in den sechziger Jahren bis hin zum Machtwechsel Ulbricht/Honecker 1971 oder auch die Handlungsabläufe in der Partei 1989. Zu den Autoren, die sich mit der weiter zurückliegenden Partei-entwicklung beschäftigten, zählte auch Andreas Malycha, der seit 1990 eine Reihe bemerkenswerter Studien publiziert und Dokumenteneditionen herausgegeben hat. Malycha hatte 1989 am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED mit einer Arbeit über die SPD im Jahre 1945 promoviert. Er legt mit der vorliegenden Studie gewissermaßen eine Zusammenfassung seiner mehr als zehnjährigen Forschungsarbeiten vor.

Das Ziel des Buches ist es, „die Etablierung und Ausformung stalinistischer Herrschaftsstrukturen und Herrschaftsmechanismen innerhalb der SED von 1946 bis 1953 detailliert zu beschreiben und möglichst nahe an den hierfür in reichem Maße erschlossenen Quellen anschaulich darzustellen. Dazu gehört auch die Analyse darüber, auf welche Weise zentrale Weichenstellungen erfolgten und mit welchen innerparteilichen Methoden autoritäre Strukturen in den Landesverbänden der SED durchgesetzt wurden. Als übergeordneter Untersuchungsgegenstand steht damit der Beginn der Durchsetzung diktatorischer Strukturen in der SBZ im Mittelpunkt, wodurch ein Beitrag zur Systemanalyse autoritärer Herrschaftsformen und zur Diktaturforschung geleistet werden soll.“ (S. 43) Malycha hat sich hohe Ansprüche gestellt, an denen das Buch gemessen werden muß.

Die Untersuchung gliedert sich in neun Kapitel. Im ersten stellt er nicht nur das Anliegen des Bandes und die Quellenlage dar, sondern umreißt in einem außerordentlich anregenden und vor allem die

gesamte relevante Forschungsliteratur berücksichtigenden Überblick den Forschungsstand, die Kontroversen und offene Fragen. Schon dieses Kapitel macht deutlich, daß Malycha es eindrucksvoll versteht, die vorhandene immense Literatur für seine eigene Untersuchung produktiv zu nutzen. Dies würde kaum der Rede wert sein, wenn nicht in der aktuellen historischen DDR-Forschung immer wieder beklagt werden müßte, daß die Forschungsliteratur nur ungenügend oder einseitig Berücksichtigung findet. Malychas gesamter Untersuchung kann dieser Vorwurf nicht gemacht werden. Geradezu vorbildlich arbeitet er sich gleichermaßen akribisch durch die Quellen und die Literatur.

In den folgenden sechs Kapiteln stellt Andreas Malycha chronologisch die innere Entwicklung der SED zwischen 1946 und 1953 dar. Dabei legt er das Schwergewicht auf den Organisationsaufbau, die innerparteilichen „Säuberungen“, den Prozeß der Ausschaltung der alten Sozialdemokraten und die Parteiwahlen. Zwar verwendet Malycha - wie schon in früheren Publikationen - nicht den Begriff der Zwangsvereinigung, wenn er auch von Zwang seitens der SMAD spricht (S. 118), aber seine dichte Darstellung läßt sich auf diesen Nenner bringen. Hervorzuheben ist vor allem das Bemühen des Autors, seine Analyse aus verschiedenen Perspektiven zu beziehen. So untersucht er eben nicht nur die Akteursperspektive aus der Zentrale, sondern ebenso die aus den Ländern und weiter darunter liegenden Struktureinheiten. Diese Multiperspektivität verleiht dem Buch Dichte, Anschaulichkeit und Überzeugungskraft, die es zu einem monographischen Handbuch werden lassen.

Im achten Kapitel stellt Malycha die Mitgliederentwicklung der SED zwischen 1946 und 1953 dar, wobei er nicht nur die soziale und altersmäßige Zusammensetzung berücksichtigt, sondern ebenso Parteiausschlüsse und Partei-

austritte systematisch quantitativ beleuchtet. Im letzten Kapitel schließlich zieht Andreas Malycha ein knappes Fazit.

Das Buch stellt schon jetzt ein Standardwerk zur Geschichte der SED und ganz allgemein der frühen DDR dar. Malycha gelingt es überaus eindrucksvoll, seinen selbstgestellten Anspruch zu erfüllen, einen „Beitrag zur Systemanalyse autoritärer Herrschaftsformen und zur Diktaturforschung“ zu leisten. Denn gerade die innere Geschichte der SED verweist darauf, wie sehr es vom Grundsatz der Kommunisten her in der SBZ angelegt war, eine Diktatur zu errichten. Dabei arbeitet Malycha nicht nur den komplizierten Konsolidierungsprozeß der Machterringung und Machtbehauptung der Kommunisten in der SBZ/DDR heraus, verdeutlicht auch nicht nur den Einfluß und die Unterstützung der sowjetischen Machthaber, sondern analysiert ebenso gegenläufige Bewegungen wie sie insbesondere aus Teilen der ehemaligen Sozialdemokratie dem politischen Entwicklungsweg in der SBZ entgegengesetzt worden sind.

Natürlich gibt es an dieser Darstellung auch Kritik anzubringen. Insbesondere sind dem Rezensenten zwei Dinge aufgefallen. Einmal hätte die Darstellung durch eine konsequentere und zielsichere Stilart beträchtlich an Lesbarkeit gewinnen können. Zum anderen: So sehr der Forschungsgemeinde die opulente Ausführlichkeit in der Darstellung und die epische Ausbreitung empirischen Materials auch gefallen mag - ein packendes Lesebuch ist dabei nicht herausgekommen, sodaß diese wichtige Untersuchung wohl leider nur von einem kleinen Kreis von Fachleuten zur Kenntnis genommen werden wird. Dies ist auch deshalb bedauerlich, weil Malycha mit einer Reihe von Legenden aufräumt, die er selbst noch Anfang der neunziger Jahre mit verbreitet hat. So ist hier nicht mehr die Rede von einem „demokratischen An-

fang“ nach 1945 innerhalb der KPD und dann der SED. Ebenso wenig sieht Malycha nicht mehr im Jahr 1948, wie immer noch häufig behauptet wird, in der politischen Entwicklung eine Zäsur. Vielmehr waren seit 1945/46 Entwicklungen befördert worden, die mit den Beschlüssen des Jahres 1948 lediglich formalisiert wurden. Zu dieser Einsicht ist der Autor offenbar vor allem deshalb gelangt, weil er nun viel stärker als in früheren Publikationen die Traditionen kommunistischer Strategie und Taktik, wie sie von Lenin entwickelt und dann Praxis in der kommunistischen Politik wurden, in seine Überlegungen einbezieht. Gerade ein solcher Ansatz ist notwendig, um die Traditionen kommunistischen Denkens und Handelns überhaupt historisch analysieren und einordnen zu können. Insofern ist im übertragenen Sinne etwa 1948 die Theorie lediglich der Praxis angeglichen worden.

Malychas Buch nennt sich im Untertitel „Geschichte ihrer Stalinisierung“. Der Begriff der „Stalinisierung“ ist ebenso umstritten wie der Begriff des „Stalinismus“, weil beide Begriffe suggerieren, „Kommunismus“ und „Stalinismus“ seien erstens zwei verschiedene Gesellschaftsformen und der offene Terror im Kommunismus würde zweitens nur der Herrschaftspraxis Stalins entsprechen. Wenn man einmal von den Massenmorden aus der Stalin-Ära absieht, waren die meisten Kennzeichen des „Stalinismus“ bereits in der Ära Lenins grundsätzlich vorhanden und behaupteten sich von 1953 bis 1989 in unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Ländern des Ostblocks. Daß Malycha dennoch an diesem Begriff festhält, mag vor allem einer mangelnden Reflexion des Begriffes geschuldet, könnte aber auch einer bewußten Akzentuierung entspringen sein. Diese ist vor allem dort beliebt, wo dem Kommunismus seine Unschuld zurückgegeben werden soll, indem die „stalinistische Phase“ aus dem Idealbild heraus

retuschiert wird. Wie dem auch sei: Andreas Malychas Festhalten an diesem Begriff verursacht eine Unentschlossenheit, die zwischen Analyse und empirischer Darstellung zuweilen Diskrepanzen offenbar werden läßt, die sich hätten vermeiden lassen, wenn er auf diesen Begriff schlicht verzichtet hätte. Denn so konstatiert der Autor einerseits immer wieder eine „schleichende Stalinisierung“, eine „beginnende Stalinisierung“ usw. und kommt andererseits ebenso häufig nicht umhin, dies zu relativieren, indem er betont, „das“ war bereits 1945/46 angelegt, „das“ entsprach dem Weltbild der Kommunisten oder „das“ war nur der formelle Abschluß eines von Anfang an angedachten und angelegten Weges. Wenn Malycha konsequent die Traditionen kommunistischer Herrschaftsstrategie auf seinen Untersuchungsgegenstand angewandt hätte, wäre ihm diese analytische Unentschlossenheit - die manche wohlwollend gewiß als „ausgewogene Darstellung“ charakterisieren mögen - erspart geblieben.

Trotz dieser kritischen Einwände bleibt das Fazit davon unberührt: Andreas Malycha hat ein Buch vorgelegt, daß sowohl als Synthesewerk, als empirische Detailstudie und als Handbuch gleichermaßen besticht. Auf hohem Niveau vermittelt es sowohl dem Studienanfänger Elementarwissen als auch dem Fachgelehrten vielfältige Anregungen, Erkenntnisse und Disputationsstoffe.

Es wäre wünschenswert, wenn Andreas Malycha sein Buch zu einer kleinen Studienausgabe verdichten würde, damit es einem breiten Leserpublikum, insbesondere in der politischen Bildung und den Lehrern und Lehrerinnen an den Schulen, zugänglich wird.

Ilko-Sascha Kowalczuk

Wilfriede Otto: Erich Mielke - Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Karl Dietz Verlag; Berlin 2000; 736 S. (mit CD), gebunden, DM 48,-.

Auf die Autobiographie Erich Mielkes haben wir vergebens gewartet. Der Mann, der vor seinen Genossen so gern „ganz ehrlich und ohne große Phrasen und Schönfärberei“ sprach, hat darunter etwas anderes verstanden als ein Schriftsteller, der mit dieser Devise ans Werk gehen wollte.

Dieser Mann, der bei Bedarf den eigenen Lebenslauf fälschte, sich als „Held der DDR“ und „Verdienter Jurist“ dekorieren ließ und das Treiben seiner Geheimpolizei beschönigte - wann hätte der „ganz ehrlich“ geredet? Wenn er vor dem ZK der SED erklärte: „Bei uns wurde niemand umgebracht, niemand umsonst eingesperrt“? Wenn er im Moabiter Gerichtssaal, des Polizistenmordes angeklagt, leise murmelte: „Alles Quatsch, ich war's nicht“? Oder wenn er Gorbatschow 1989 warnen ließ, der „Dummkopf Honecker erkenne nicht, daß wir auf den Abgrund zutreiben. Der Fall der Mauer sei nur eine Frage von wenigen Monaten“?

Vielleicht war es ja ehrlich, als er am Abend des 9. November 1989 die Entscheidung von Egon Krenz, die Schlagbäume zu öffnen, im Berliner Jargon kommentierte: „Hast recht, mein Jung“. So berichtet es Krenz. Aber vielleicht hatten auch die Zeugen recht, die ihn am Abend des 40. Jahrestages auf der Schönhauser Allee beim Einsatzbefehl gegen Demonstranten erkannt haben wollen? Mielke hat das bestritten. Auf die Frage von Egon Krenz am nächsten Morgen, was dort geschehen sei, antwortete sein Stellvertreter Mittag nur vielsagend: „Jemandem sind die Nerven durchgegangen“. Wem? Von Mielke, der sich seit dem Ende der DDR an nichts mehr erinnerte, werden wir es nicht mehr erfahren.

Dabei hat er es ganz bestimmt aber ehrlich gemeint, wenn er im Berliner Jargon Antragsteller auf Ausreise „Banditen“ nannte und seinen Offizieren erklärte, wie man mit Flüchtlingen an der Mauer umgeht: „Wenn man schon schießt, dann muß man es so machen, daß nicht der Betreffende noch rüberkommt, sondern dann muß er eben dableiben bei uns. Ja, so ist die Sache.“ Das verrät schon der echte Berliner Humor, mit dem er hinzufügt, als sich einige peinlich berührt räuspert: „Das kann man ruhig bißchen lustig machen. Das ist doch klar! Na hör mal zu, Mensch.“

Am besten, man hört das im Originalton. Vier Kostproben hat Wilfriede Otto ihrer jüngsten Mielke-Biographie beigefügt, der bisher umfang- und materialreichsten und schon ihr zweites Buch zu diesem Thema. Es zeigt zumindest, welcher Sorgfalt, Sachlichkeit und Quellenkritik in der DDR ausgebildete Historiker und Mitarbeiter des einstigen Instituts für Marxismus-Leninismus fähig sind, sobald sie nicht mehr gegängelt werden. (Anders als das Lektorat des Karl Dietz Verlags, das haarsträubende Satzungenetze, grammatikalische Schnitzer und Übertragungsfehler aus dem Sächsischen übersehen hat: bekleidet statt begleitet, gebiert statt gebührt, McCharty statt McCarthy).

Nur ausnahmsweise schlägt noch ein Rest alter Parteilichkeit durch, wenn Wilfriede Otto sehr korrekt die begründeten Zweifel Wolfgang Kiesslings an Mielkes Selbstmordversion im Fall des einstigen Parteigefährten Kreikemeyer anführt, aber wenige Seiten später wieder vom Freitod Kreikemeyers spricht. Dabei steht fest, daß Mielke den früheren Genossen als Letzter verhört, seinen Tod vertuscht und selbst gegenüber Ulbricht den Sowjets zugeschoben hat. Sein mögliches Motiv: Kreikemeyer wußte als einziger von Mielkes Bemühungen um Exil in Mexiko und seine Unterstützung

durch Gelder von Noel Field, den Stalins Justiz für einen Agenten hielt.

Daß Mielkes Mannen in den Verhören zur Affäre Field auch antisemitisch auffällig wurde, verschweigt Wilfriede Otto nicht; so wenig wie ein erschütterndes Dokument eines Opfers von Mielkes sadistischen Verhörmethoden: „Mielke ergötzte sich daran, bei seinen Verhören mir alle möglichen verabscheuungswürdigen Methoden der Liquidierung von Menschen zu erläutern.“ Im Verhör des in die DDR verschleppten westdeutschen Kommunisten Müller prahlte Mielke, angeblich dabei gewesen zu sein, „wie Knorin, Bela Kun, Pjatnitzki u.a. erledigt wurden“. Nach Wilfriede Otto ist tatsächlich „nicht auszuschließen, daß Erich Mielke den ersten großen Schauprozeß besuchte“. Den Haftbefehl gegen Kurt Müller hat Mielke selber ausgestellt. Wilfriede Otto zitiert dazu seine spätere Selbstrechtfertigung: Demnach habe es „einen großen internationalen Druck auf die Organe der Staatssicherheit“ gegeben. Mielke: „Da gab es viele Genossen, die uns die Frage stellten: Na, die arme Staatssicherheit der DDR, die findet gar keine Slansky-Leute usw. Es ist nicht einfach unter einem solchen internationalen Druck, weil wir doch daran glauben. Wir haben an den Bericht des Informationsbüros der kommunistischen Parteien geglaubt, an den Titoismus.“

Weniger gründlich geht Otto auf Mielkes Verantwortung für Schauprozesse gegen angebliche und wirkliche Westagenten und Hinrichtungen eigener Überläufer ein. Nur ganz am Rande erwähnt die Autorin Dissidenten und Oppositionelle, die sich in den 70er und 80er Jahren gegen das SED-Regime und Mielkes MfS gestellt haben. Auch der ungeklärte Tod des Stasi-Häftlings Mathias Domaschk in Jena und der Verdacht lebensgefährlicher Strahlenbehandlung von Häftlingen bleibt unerwähnt, offenbar weil sich Mielke persönlich nur die Äußerung zu-

schreiben läßt, die Opposition in Jena sei erfolgreich zerschlagen worden.

Das ist eng gesehen, denn es gibt auch am Schreibtisch persönliche Verantwortung. Davon will Mielkes Biografin etwas zu wenig wissen, wenn sie selbst den Fall Kreikemeyer über Mielkes persönliche Schuld hinaus ins Geschichtliche überhöht: „Aus dem Zusammentreffen beider Männer flocht die Geschichte 1950 eine menschliche Tragödie.“ Für solche Art überpersönliche Tragik hat Wilfriede Otto eine Vorliebe: Wenn nämlich Erich Mielke „auf einer Tagung des Zentralkomitees der FDJ sinngemäß erklärte, wenn wir wollen, wachen die Westberliner eines Tages auf und haben unseren Personalausweis auf ihrem Bett liegen. Es war jedoch vielmehr eine Tragik der Geschichte, daß die DDR nur durch solche Sperrmaßnahmen vor einem Exitus gerettet werden konnte.“

Da trifft sie sich unfreiwillig mit Walter Ulbricht, der Paul Oestreicher im November 1961 versicherte: „Viele würden uns ohne diese schreckliche Mauer davonlaufen. Es ist tragisch, daß dabei sogar Menschen sterben.“ Dafür gab es drei Hauptverantwortliche: Walter Ulbricht, Erich Honecker, Erich Mielke. Ulbricht hat sich geirrt, der hinzusetzte: „Um der Zukunft willen, die ich nicht mehr erleben werde, um des Friedens willen ist das nötig.“ Die schreckliche Mauer ist mit der Wende friedlich gefallen, Erich Mielke hat - ein verdorbener Greis, der sich an nichts erinnern wollte - sie und sich selbst um eine Dekade überlebt. Tragik? Keine Spur.

Hannes Schwenger

Wieland Berg: Das Phantom. Aktivitäten der Ökologischen Arbeitsgruppe gegen die Asphaltierung der Heidewege 1988 und die Reaktionen des MfS. Druck-zuck Verlag, Halle 1999, 189 S., Schutzgebühr DM 5,- (in einschlägigen Buchhandlungen erhältlich).

Der Untertitel legt die Vermutung nahe, es handle sich bei diesem Buch um Aufarbeitung eines Teils der DDR-Geschichte, der nur jene interessiert, die dabei waren - um Enthüllungen für Insider. Doch die Lektüre verdeutlicht exemplarisch das Verhältnis der Staatsmacht zu „unseren Menschen“ - nicht nur in Halle, wo sich 1988 der Konflikt um die Asphaltierung von Waldwegen zutrug. Dieses von Funktionären gebilligte und von volkseigenen Firmen flugs in die Tat umgesetzte Vorhaben war nicht nur ein Umweltskandal, sondern verschwendete auch Bitumen, das städtischen Straßen fehlte. Außerdem verstieß es gegen den zehn Jahre vorher verfaßten „Landschaftspflegeplan“ der Stadt. Die Rundlaufstrecke für den halleschen Marathon-Olympiasieger Waldemar Cierpinsky sollte die einzige und letzte befestigte Straße der Heide gewesen sein, versprachen die Verantwortlichen damals. Nun sollten insgesamt 2,5 km Weg quer durch die Heide mit einer vier Meter breiten Schwarzdecke versiegelt werden.

Wieland Berg hat die Geschichte recherchiert - vom Gerücht über die Gewißheit bis hin zu den in der DDR kaum möglichen Bürgerprotesten und den staatlichen Reaktionen darauf.

Weil Umweltdaten als Geheime Verschlusssache galten, entstanden Gerüchte - Vorstellungen in den Köpfen alarmierter Bürger, aus welchem Grund Waldwege zu befestigen sind: wegen Militärtransporten zum Munitionslager der Volksarmee oder zur sowjetischen Kaserne oder um den Holzeinschlag und -export gen Westen zu forcieren.

Unabhängige Umweltschützer der Ökologischen Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle (ÖAG) konnten auch nur mutmaßen. Ihre verbotene Untergrundzeitschrift „Blattwerk“ - einigen hundert Leserinnen und Lesern zugänglich - kاريerte den damaligen Oberförster als Marionette, forschte nach möglichen Gründen der Asphaltierung und erläuterte den dadurch entstehenden Schaden für die Waldbiologie - während die Presse ihre Informationspflicht versäumte.

Die ÖAG erzeugte so zumindest eine Teilöffentlichkeit für derartige „gesellschaftliche Probleme“. Mitglieder schrieben Eingaben an den Umweltminister; ein Aktivist begab sich zum Stadtkommandanten der sowjetischen Streitmacht, ein anderer erstattete Strafanzeige gegen Unbekannt.

Mitglieder der ÖAG wurden vom MfS zu Staatsfeinden erklärt, einige waren bereits seit 1985 in einem Operativen Vorgang mit dem denkwürdigen Decknamen „Heide“ erfaßt. Manche erhielten die polizeiliche Warnung, an bestimmten Tagen den Wald nicht zu betreten. Denn die Gruppe rief zu „Waldspaziergängen“ auf, stillen Demonstrationen ohne Plakat und Kundgebung, die dennoch als deutlicher Protest wahrgenommen wurden. „Zusammenrottungen“ waren diese Spaziergänge für die Stasi; der auf den Asphalt gemalte Satz „Erhaltet die Heide, die Straße muß weg“ galt ihr als kriminelle „Schmiererei“ und gab Anlaß zu weiteren Ermittlungen.

Der Autor hat die Ereignisse weiterverfolgt - bis zur Informationsveranstaltung im Januar 1992 in der Heide. Erst da wurden die Hintergründe des Umweltvergehens der Öffentlichkeit wirklich bekannt gemacht.

Wieland Berg legt eine Fallstudie für die beginnende Bürgerinitiative in der DDR vor. Sie war kein Phantom - höchstens im Auge der Stasi.

Christoph Kuhn

Hans-Joachim Döring: „Es geht um unsere Existenz“. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambique und Äthiopien. Christoph Links Verlag, Berlin 1999. 352 S., DM 38,-.

Gerade erließ die Bundesrepublik dem von einer verheerenden Flut heimgesuchten Mosambique Schulden in Höhe von 62 Millionen DM. Hans-Joachim Döring behandelt in seiner Untersuchung der DDR-„Entwicklungs“-Politik gegenüber der Dritten Welt Mosambique und Äthiopien als exemplarische Fälle.

Warum engagierte sich die DDR in „Entwicklungsländern“? War Wirtschaftshilfe eine „Herzessache“ für Staat und Volk und „internationale Solidarität“ wirklich handlungsleitend?

Obwohl die DDR nie, wie behauptet, zu den ersten zehn Industriestaaten der Welt gehörte, hatte sie doch innerhalb des Ostblocks den höchsten Lebensstandard. Im Streben nach internationaler Anerkennung gab es Parallelen zur afrikanischen Befreiungsbewegung, zu „jungen Nationalstaaten“, die die DDR proklamatorisch unterstützte im Anspruch neuer gerechter Wirtschaftspolitik. Einigen dieser Länder galt die DDR als zuverlässig und solidarisch. Umgekehrt versprachen sich die SED-Wirtschaftsexperten aus dem Handel mit den Dritte-Welt-Ländern kostengünstige Rohstoffbezüge und Devisen.

Doch Hoffnungen, eigene Interessen mit denen mancher Entwicklungsländer zum gegenseitigen Vorteil zu verbinden, scheiterten im wesentlichen: Nicht nur, weil die DDR kaum souverän ohne Zustimmung der Sowjetunion agieren durfte, sondern vor allem, weil die Lage der Partnerländer falsch eingeschätzt wurde und man misswirtschaftlich-hektisch versuchte, den Lebensstandard zu verbessern, wenigstens aber zu halten. Drei Beispiele: Um genügend Fleisch in die

Bundesrepublik liefern zu können, planten DDR-Exporteure ihr Vieh mit Futter aus Mosambique und Äthiopien zu mästen - Ländern mit Hungersnot. Daß dazu Landwirtschaftsgerät nach Afrika verschifft wurde und dort zum größten Teil verrostete, rundet den Irrsinn ab. Ganz zu schweigen von ostdeutschen Großprojekten, die in südlichen Ländern vom Urwald verschlungen oder sonstwie vom Zahn der Zeit zu „Entwicklungsruinen“ wurden.

Dringend benötigte und in Mosambique aufwendig geförderte Kohle erwies sich als vorwiegend wertloser Heizstoff für die DDR.

Die Qualität des Kaffees entsprach nicht dem mitteleuropäischen Geschmackempfinden und das Volk empörte sich über „Kaffee-Mix“, ein „Erichs Krönung“ genanntes Gemisch aus Getreide und echten Bohnen, die man aus Äthiopien bezog. Das Militärregime bekam dafür Waffen, die gegen eine linke Opposition gerichtet und im Bürgerkrieg und in Kriegen mit Nachbarstaaten zur Anwendung kamen. (Selbst in Hungerszeiten bombardierten äthiopische Flugzeuge eritreische Städte. Und die DDR lieferte noch 1988/89 Panzer, als Gorbatschow Militärhilfe für Afrika einstellte.)

Im Unterschied zur Bundesrepublik wurde den Kirchen eine eigenständige „Entwicklungshilfe“ nicht erlaubt. Ständig bemühten sie sich, meist vergeblich, Helfer nach Mosambique zu schicken. Eine Alternative war die Hilfe in der DDR selbst: In Kirchengemeinden entstanden in den 80er Jahren Treffpunkte für Ausländer, sogenannte Cabanas (Hütten), durch sie spätere Kontakte zu Gemeinden in Mosambique.

Obwohl zu Mosambique sehr enge Beziehungen bestanden, kam es auch hier in den 80er Jahren, als die DDR ihr ökonomisches Engagement drastisch reduzierte, zu einem starken Rückgang der Investitionen. Selbst die 1982 geäußerten

Bitten des Landes um kostenlose Waffenlieferung lehnte Schalck-Golodkowski ab: „Es geht primär um die Existenz der DDR.“

Am 1. Juli 1990, dem Tag der Währungs- umstellung, betrogen Mosambiques Schulden aus ihrem Handel mit der DDR 440 Mio. DM. Schulden in Rubel oder DDR-Mark sind nach dem Zusammenbruch des COMECON in Devisen zurück zu zahlen. Die Bundesrepublik übernahm nicht nur die Schulden der DDR, sondern trat auch an Gläubigerstelle gegenüber Ländern der Zwei-Drittel-Welt.

Dörings Studie enthält die in der DDR geheimgehaltenen Zahlen über Kredite oder Handelsvolumina sowie Gespräche des Autors mit beteiligten DDR-Politikern, die - neben Faksimiles von Stasi-Akten - zum Spannendsten der Studie gehören. Sie ist außerdem nicht ohne hintergründigen Humor geschrieben, wo es um Eitelkeiten, Animositäten und bürokratische Extravaganzen des Politbüros und der Staatssicherheit geht.

Offen bleibt indes, inwieweit Spenden der Bevölkerung und der „gesellschaftlichen Kräfte“ in staatliche Bilanzen einfließen oder wie die afrikanischen Länder die Politik der DDR einschätzten. Ebenfalls fehlt die Beurteilung der Leistung von DDR-Bürgern, die in afrikanische Länder entsandt waren.

Hans-Joachim Döring ist Religionspädagoge. Er war 1987-94 Geschäftsführer des INKOTA-Netzes (INformation, KOordination, TAGungen zu Problemen der Zwei-Drittel-Welt) und bis 1997 Geschäftsführer der Stiftung Nord-Süd-Brücken, zwischendurch 1990 Entwicklungspolitischer Berater des letzten DDR-Außenministeriums und seit 1997 Leiter der Fachstelle Umwelt und Entwicklung im kirchlichen Forschungsheim Wittenberg.

Der Autor weiß um den sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt und mahnt eindringlich und detailliert begründet die

Schuldenreduzierung besonders armer, bzw. die Entschuldung der ärmsten Länder an.

Im Fall Mosambiques ist damit vielleicht begonnen worden.

Christoph Kuhn

Hans Dieter Zimmermann: Literaturbetrieb Ost/West. Die Spaltung der deutschen Literatur von 1948 bis 1989. Stuttgart Berlin Köln 2000, W. Kohlhammer, 216 S., DM 44,-.

Otto Bernd Kirchner: Wafer-Stepper und Megabit-Chip. Die Rolle des Kombinars Carl-Zeiss-Jena in der Mikroelektronik der DDR. Dissertation an der Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Stuttgart. Stuttgart und Wien 2000.

Manchmal kommt zusammen, was nicht zusammengehört. Am Anfang, in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts, glaubten viele Künstler guten Willens daran, daß die Scheidelinie zwischen den verfeindeten Lagern unter Schriftstellern und Intellektuellen zwischen Antifaschisten und Profaschisten verlief. Doch die Vorsätze solch gutwilliger Anhänger einer gegen den Nationalsozialismus gerichteten Volksfrontpolitik und die Pläne der kommunistischen Bündnispolitiker, die mit der literarischen Intelligenz zu „arbeiten“ hatten, gingen von unterschiedlichen Voraussetzungen aus.

Hans Dieter Zimmermann nennt das den verdeckten Dissens der Antifaschisten. Dieser Dissens trat mit dem legendären Auftritt von Melvin J. Lasky auf dem „Ersten deutschen Schriftstellerkongress“ im Berlin des Jahres 1947 schlagartig zutage. Die nichtkommunistischen deutschen Schriftsteller scheuten noch das offene Wort. Man blieb bei Andeutungen. Gleichwohl war der sowjetische Terror im Ostteil der Stadt vielen gegenwärtig.

Eine Engländerin, Eva-Maria Brailsford, sprach ihn an und beklagt die Verhaftungen von demokratischen Studenten an der Humboldt-Universität. Johannes R. Becher wischte diese Kritik mit einer glühenden Rede für den Weltfrieden kraftvoll vom Tisch. Seine Botschaft war die gleiche, die noch Jahrzehnte später, in der westdeutschen Friedensbewegung eine Rolle spielte: Wer gegen die Sowjetunion ist, ist gegen den Frieden.

Wer also das Lager der Antifaschisten vom Schlage Bechers verließ oder aus ihm hinausgeworfen wurde, mußte in irgendeiner Hinsicht zumindest ein nützlicher Idiot der Faschisten und Kriegstreiber sein. Gerade weil dieses Strickmuster so einfach erscheint, muß es verwundern, wie wirksam es auch in seinen späteren Ausdifferenzierungen blieb. Hans Dieter Zimmermann zeigt in einem als Rückblick ausgewiesenen Kapitel, wie schon im französischen Exil der dreißiger Jahre untrügliche Anzeichen des brüchigen Konsens zwischen Demokraten und Antidemokraten im „antifaschistischen Lager“ hervortraten. Durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden zwar viele Kontroversen überlagert, sie blieben aber bestehen und brachen noch vor Kriegsbeginn wieder auf.

Anlaß dafür waren die Moskauer Schauprozesse. Leopold Schwarzschild schrieb 1937, „daß jeder Wortführer der deutschen Opposition, der in die Reihen der stalinistischen Fremdenlegion eintritt, je nach Einfluß und Geltung, daran mitwirkt - möglicherweise unwissend - die geistigen und faktischen Positionen gegenüber dem Dritten Reich zu verwüsten, zu unterminieren und schließlich in die Luft zu sprengen.“ Schwarzschild, Alfred Döblin und einige andere, ließen sich nicht auf das Streckbrett des Antifaschismus ziehen. Sie widerstanden als radikale demokratische Minderheit den Sirenenrufen Heinrich Manns. Im Unterschied zu den gut organisierten Kommunisten, war sie jedoch nicht kampagnen-

fähig. Ein Manko, das, wie Zimmermann zeigt, noch öfter den antitotalitären Demokraten im literarischen Milieu einige Schwierigkeiten bereitet hat.

Der Autor kommt darauf in einem eigenen Kapitel zurück, das die Wirkung der Friedensbewegung analysiert, die in den früher achtziger Jahren bei vielen westdeutschen Schriftstellern geradezu bewußtseinsvernebelnde Konsequenzen gezeitigt hat. Offiziell, schreibt Zimmermann, endete die Spaltung der deutschen Literatur 1998 mit der Vereinigung der beiden PEN-Zentren und der Akademien der Künste. Der Preis der Vereinigung war in beiden Fällen der Austritt vieler namhafter Mitglieder. Nach der innerdeutschen PEN-Vereinigung gab der weiter existierende Londoner Exil-PEN - heute „PEN Zentrum deutschsprachiger Schriftsteller im Ausland“ - eine Erklärung ab. Die Debatte vor der PEN-Vereinigung habe gezeigt, daß die Gegensätze noch nicht überwunden sind. „Obwohl schon Jahre lang über die 'Bewältigung' der DDR-Vergangenheit geredet wird, hat es im ostdeutschen PEN keine und im westdeutschen nur eine unzulängliche Abrechnung mit der Rolle des Schriftstellers im Diktaturregime gegeben.“

Hans Dieter Zimmermann beschreibt in zwölf Kapiteln die Spaltung der deutschen Literatur und zeichnet die Kontinuitätslinien zwischen den vielen Brüchen und Zerwürfnissen nach. Dem Buch ist ein Dokumentenanhang beigegeben, der mit einem offenen Brief Wolfdietrich Schnurres vom August 1961 beginnt. Schnurre trat nach dem Mauerbau aus dem westdeutschen PEN Zentrum aus. Es habe versäumt, schrieb er, gegen das ostdeutsche PEN Zentrum einen Ausschlußantrag beim internationalen PEN zu stellen, nachdem der ostdeutsche PEN nicht gegen den Mauerbau protestiert hatte. Es folgt eine Protesterklärung von Günter Grass und Walter Höllerer aus dem Jahr 1970, die an den Staatspräsidenten der

CSSR gerichtet ist und gegen die Verfolgung kritischer Intellektueller Stellung bezieht. Danach bietet der Band fast nur noch Dokumente, die den Archiven der SED und des Staatssicherheitsdienstes der DDR entstammen. Dieses Schriftgut erklärt vieles aber vieles auch nicht. Der geborene Westler vermißt in diesem Anhang insofern einige einschneidende Dokumente aus der bundesdeutschen Welt der Poeten, Herausgeber und Schriftsteller. Dabei war doch „alles so schön bunt hier“.

Künstlerische und künstliche Intelligenz

Als es gegen Ende in der DDR sogar einigen zu bunt wurde, die lange geschwiegen hatten oder glaubten, besser schweigen zu sollen, wagte sich auch mancher Schriftsteller, der lange zurückhaltend geblieben war, seine eigenen Gedanken offen zu äußern. Auf einer Versammlung des Ost-Berliner Schriftstellerverbandes kritisierte Benito Wogatzki, daß die Medienpolitik der SED die bestehenden Probleme verkleisterte. Ein anderer Autor sagte, er glaube kaum noch an das, was offiziell verkündet wird und nannte als Beispiel den Ein-Megabit-Chip, den Erich Honecker als Welterfolg gefeiert hatte, obwohl er noch gar nicht produktionsreif war. Daraus müsse man die Schlußfolgerung ziehen, so der Autor, daß Erich Honecker nicht real informiert werde.

Ob Honecker, wie die künstlerische Intelligenz vermutete, in der Frage der künstlichen Intelligenz und des Ein-Megabit-Chips nicht real informiert wurde oder einfach nicht kapierte, was der wirkliche Hintergrund der Produktentwicklung im Kombinat Carl-Zeiss-Jena war, mag dahingestellt bleiben. Fachleuten zweifelten schon zum Zeitpunkt der triumphalen Präsentation des guten Stücks, an der Zukunft der volkseigenen Elektronengehirne. Immerhin begann die

Massenfertigung solcher Schaltkreise im Westen bereits 1985, Siemens hatte 1988 schon mehrere Millionen Stück davon gefertigt.

Nichtsdestotrotz sagte Erich Honecker, als Generaldirektor Wolfgang Biermann ihm den Prototyp eines volkseigen produzierten Ein-Megabit-Chips am 12. September 1988 überreichte: „Eure Leistungen sind ein hervorragender Beitrag für den Wettlauf mit der Zeit. Sie sind ein überzeugender Beweis dafür, daß die Deutsche Demokratische Republik auch künftig ihre Position als entwickeltes Industrieland behauptet. Erneut tritt zutage, daß der Sozialismus, wie er von Marx und Engels ausgearbeitet und wissenschaftlich begründet wurde, wenn man alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens betrachtet, dem Kapitalismus überlegen ist.“

Otto Bernd Kirchner untersucht in seiner Dissertation die Geschichte des Kombinars Carl-Zeiss-Jena und die Produktionsgeschichte des Ein-Megabit-Chips. Der Autor verfügt über eine vieljährige Berufserfahrung in der datenverarbeitenden Industrie und dort insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklung von Betriebssystemen. Seine Dissertation ist trotz ihres hohen fachspezifischen Niveaus auch für den Nichtfachmann eine spannende Lektüre. Kirchner zeigt, wie die Probleme der DDR-Außenwirtschaft und das westliche Embargo auf den Produktionsprozeß zurückwirkten und wie dennoch ein Vorzeigeprodukt gegen alle wirtschaftliche Vernunft durchgesetzt wurde, ohne daß dafür eine Absatzperspektive auf dem Weltmarkt zu erwarten war. Am Ende glaubte auch Honecker offenkundig an eine Wunderwaffe.

Die Arbeit von Otto Bernd Kirchner bietet darüber hinaus Einblicke in die Konfliktbeziehung zwischen DDR und Sowjetunion auf dem Gebiet der elektrotechnologischen Forschung und Produktion. Es behandelt weiterhin die Rolle des KoKo-Imperiums, des Westens und des

Ministeriums für Staatssicherheit im Kontext der Ein-Megabit-Geschichte; und - last but not least - unterzieht Kirchner die Kombinarsstruktur sowie ihre Leitungs- und Führungsebenen einer kritischen Analyse. Dabei wird deutlich, daß die sozialistische Betriebsblindheit nicht nur unter „Ingenieuren der Seele“ sondern auch unter Planstrategen, Ökonomen und Ingenieuren der logischen Schaltkreise im Umlauf war.

Jochen Stadt

Ines Geipel: Das Heft. Roman, Transit-Verlag Berlin; 1999, DM 29,80.

Eine Mädchenschule im Grenzgebiet der DDR, nebelhaft, schemenhaft, alptraumhaft: Das ist der Ort der literarischen Handlung des neuen, poetisch-tiefgründigen Romans von Ines Geipel. Die Schule ist eine Russisch-Spezialschule, an der die russische Sprache intensiver als an anderen Schulen gelehrt wird. Wegen der Grenznähe dürfen nur Mädchen aus staatsloyalen Elternhäusern hier lernen. Der Schulalltag ist streng reglementiert und ist ein Spiegelbild der Diktatur. Auf gelben Warnschildern blinken am Eingang bei besonderem Licht Totenkopfzeichen; schwarze Autos fahren vor, denen Männer in Gummimänteln entsteigen, die Briefe der Kinder werden zensiert, es gibt Vorschriften, Verbote, Strafen. Ines Geipel schildert dieses ausgeklügelte, beklemmende Überwachungssystem an der Schule aber fast beiläufig, sie verzichtet auf eine allzu eindeutige DDR-Idiomatik. Vielmehr entwirft sie einen Raum äußerer Bedrohung und innerer Orientierungslosigkeit, in dem junge Mädchen ohne Bezug zu ihren Eltern aufwachsen, sich allein zurechtfinden müssen, kaum Vertraute haben.

Die Figuren wirken wie in einem Netz unsichtbarer Fäden gefangen. Der Deutschlehrer gehört dazu, der vom Dienst suspendiert wurde, nachdem ihn sein eigener Freund denunziert hatte. Dieser Freund wirbt die jüngsten Mädchen zu Spitzeldiensten an, er nimmt sich schließlich das Leben. Die alte Lehrerin versucht vergebens, gute Traditionen der Schule aus Vorkriegszeiten wiederzube-

leben. Einst war die Schule eine Reformschule, nach Entlassungen und Verhaftungen der Lehrer in der frühen DDR entstand aus ihr eine Zuchtanstalt für staatsreue Untertaninnen.

Im Mittelpunkt des Romans steht ein russisches Mädchen, die „Russische“. Ausgerechnet dieses Mädchen, „schmal, weiß, ungeformt“, das die Sprache spricht, die intensiv gelehrt wird, das trotzig versucht, Kontakt aufzunehmen, „stockend, in flatternden, hart anschlagenden Tönen mit unabsehbaren Pausen“, - ausgerechnet dieses Mädchen wird von den Mitschülerinnen abgelehnt. Die Fremde trifft auf Menschen, die sich selbst gegenüber fremd sind und provoziert deren Haß.

Die Russische wird nicht mit großer Intensität geschildert, sie ist eine Figur, die die Geschichten der anderen evoziert. Dieses Mädchen, dessen Herkunft im Dunkeln liegt und dessen Biographie nur bruchstückhaft erhellt wird, läuft gerne und ausdauernd in den nahen Wald und entflieht so dem beklemmenden Schulalltag. Es interessiert sich für die Geschichte der Schule, besucht die Leute aus dem Dorf, sammelt Briefe und Fotos. Die Aufzeichnungen des Mädchens geben dem Roman den Namen: Das Heft. Eher vorsichtig wird angedeutet, daß die „Russische“ die Unterwerfungs- und Disziplinierungsrituale des elitären DDR-Schulalltags nicht erträgt. Ihre Geschichte endet mit der Flucht in den Westen.

Ines Geipel hat in diesen als Parabel angelegten Roman autobiographische Erlebnisse einfließen lassen. Sie selbst floh 1989 aus der DDR über Ungarn in die Bundesrepublik. Der Roman ist auch ein Versuch, den von der Autorin erlebten Verlust von „Heimat“ literarisch aufzufangen.

Der deutsche Text bezieht seine Musikalität aus der russischen Sprache. Klang, Duktus, Satzmelodie sind dem Russischen entlehnt. Denn Ines Geipels „Mut-

tersprache“ im Sinne: Die Sprache der Mutter ist das Russische.

Die Autorin kam nach zweieinhalb Jahren in der Internatsschule Wickersdorf - die Gustav Wünekens, der Lehrer Walter Benjamins zu Beginn des Jahrhunderts als Reformschule gegründet hatte - zunächst als Weitspringerin, dann Sprinterin zum SC Motor Jena. Bald gehörte sie der DDR-Auswahl an. Als Spitzensportlerin durfte sie auch zu Wettkämpfen in den Westen reisen, und immer war sie betreut von Sportmedizinern, die die benötigten blauen Tabletten, Oral-Turinabol, bei VEB Jenapharm produzierte Anabolika, als angebliche Vitamingaben verabreichten. Das schreckliche Ausmaß schwerster Folgen für Leib und Seele junger Sportlerinnen durch anabole Steroide wurde ihr erst im Frühsommer 2000 als eine der 22 Nebenklägerinnen im Doping-Prozeß gegen den langjährigen DTSB-Präsidenten Manfred Ewald und den Sportmediziner Manfred Höppner (Stasi-Deckname „Technik“) richtig bewußt. Höppner war stellvertretender Leiter des Sportmedizinischen Dienstes der DDR und Koordinator des 1975 vom Politbüro abgesetzten geheimen Staatsplanes 14/25. Dieser Staatsplan sah den Einsatz von Doping-Mitteln zur Leistungssteigerung für nahezu alle DDR-Spitzensportler vor, die - koste es, was es wolle, und sei es die Gesundheit - bei internationalen Wettkämpfen Medaillen erringen und das Prestige der DDR steigern sollten.

Ines Geipel mußte 1985 die DDR-Auswahl verlassen, nachdem die Staatsicherheit ein Jahr zuvor einen Operativen Vorgang gegen sie eingeleitet hatte. 1984, vor den Olympischen Spielen in Los Angeles, verliebte sich Ines Geipel während des Höhentrainings in Mexiko in einen mexikanischen Sportler - trotz Kontaktverbot. Die Spiele wurden vom Ostblock boykottiert, Ines Geipel sah den Freund nie wieder. Eingeschlossen in die DDR absolvierte sie in Germanistik-

Studium in Jena und studierte nach ihrer Flucht Philosophie in Darmstadt. 1996 gab sie Texte von Inge Müller, der Frau des Dramatikers Heiner Müller, heraus („Irgendwo, noch einmal möchte ich sehen“). 1999 folgte ein Buch über vier Autorinnen, die in der DDR kaum oder nie veröffentlichen konnten („Die Welt ist eine Schachtel“). Dieses Buch erklärte die Darmstädter Jury zum Buch des Monats Mai 1999. Noch im gleichen Jahr erschien ein Lyrikband und der Roman „Das Heft“.

Es ist kaum zu glauben, daß die begabte Autorin vor 1996 nie etwas veröffentlicht, ja, zu DDR-Zeiten nicht einmal geschrieben hat. Sie habe damals wie in einem „Sprachkoma“ gelegen, sagt Ines Geipel heute.

Gegen die Deformation, gegen den Druck und die Bedrohung von außen läßt Ines Geipel in ihrem Roman „Das Heft“ auch die Schönheit des inneren Widerstehens sichtbar werden.

Doris Liebermann